

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

24. Januar 2014

JUS S
Kreisverband Kiel

B - Bildung	
B1 - LER voranbringen	Seite 3
D - Demokratie und Gesellschaft	
D1 - Einschränkung des Tanzverbotes an Feiertagen	Seiten 4 - 6
D2 - Politische Partizipation in die Landesverfassung	Seite 7
G - Gesundheit	
G1 - Kein umfassendes Verbot der Sterbehilfe	Seiten 8 - 10
I - Inneres	
I1 - Keine Macht den Partikularinteressen	Seiten 11 - 12
I2 - Verbot von Sportwetten im Jugendbereich	Seite 13
I3 - Einsatz von Testpersonen vor Diskotheken	Seite 14
S - Soziales	
S1 - Bekämpfung von Armut bei EU-Ausländern	Seite 15
S2 - Ehrenamt stärken - BAföG lockern	Seite 16
W - Wirtschaft	
W1 - Reform der wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands und Europa	Seiten 17 - 19

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **LER voranbringen**

2 *Die Jusos Kiel mögen beschließen:*

3 Die Jusos Kiel fordern den Juso Landesvorstand auf sich aktiv in die
4 Vertragsverhandlungen der Landesregierung und den muslimischen Verbänden
5 einzumischen, um die im Koalitionsvertrag festgelegte Forderung nach einem
6 konfessionsübergreifenden Religionsunterrichts voranzubringen. Folgende Ziele
7 sollen verfolgt werden:

8

9 1. Ein Treffen der Jusos SH, Grüne Jugend SH und SSWUngdom mit den
10 Jugendorganisationen der muslimischen Verbände, welche im Gespräch mit
11 der schleswig-holsteinischen Landesregierung stehen. Dazu gehören der
12 "DITIB Landesjugendverband Nord", der "Bund der alevitischen
13 Jugendlichen in Deutschland e.V. - Norden", sowie Ansprechpartner für
14 Jugendthemen beim "V IKZ" und "SCHURA".

15 2. Es soll für eine Kooperation geworben werden, in der
16 konfessionsübergreifender Religionsunterricht eine Kernforderung ist. Mit
17 möglichen Kooperationspartnern soll ein Papier entstehen, welches als
18 Druckmittel für die Verhandlungen dienen soll.

19

20 **Begründung:**

21 Seit Dezember 2012 führt das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa die
22 Gespräche über einen Staatsvertrag mit den muslimischen Organisationen in
23 Schleswig-Holstein. Jedoch scheint es von Seiten der muslimischen Organisationen
24 starken Widerspruch gegenüber der Idee eines gemeinsamen Religionsunterrichts
25 zu geben. Aus diesem Grund wollen wir, dass sich die Jugendorganisationen in
26 dieses Gespräch einmischen, um für eine gemeinsame Zukunft zu werben, statt eine
27 weitere konfessionelle Zersplitterung in den Schulen hinzunehmen.

1 **Einschränkung des Tanzverbotes an Feiertagen**

2 *Die Jusos Kiel mögen beschließen, folgenden Antrag auf dem SPD Kreisausschuss*
3 *zu stellen:*

4

5 *Die Kieler SPD fordert die Landtagsfraktion auf:*

6 § 6 Absatz 1 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage vom 28. Juni 2004 (GVOBl.
7 2004, 213) wird wie folgt neu gefasst:

8 "Am Volkstrauertag und am Totensonntag (Ewigkeitssonntag) sind von 6.00 Uhr bis
9 17.00 Uhr über die in §§ 3 und 5 festgelegten Beschränkungen hinaus alle
10 öffentlichen Veranstaltungen verboten, soweit sie dem ernsten Charakter des Tages
11 nicht entsprechen. Am Karfreitag gilt das in Satz 1 genannte Verbot von 6.00 Uhr bis
12 21.00 Uhr."

13

14 **Begründung:**

15 Das „Tanzverbot“ wird seit Jahren von diversen Jugendorganisationen
16 angeprangert, da es als religiös motiviertes Gesetz das Recht auf Freiheit von
17 Religion einschränkt und insbesondere junge Menschen bevormundet. Gleichzeitig
18 ist die Aufhebung der Einschränkung der Versammlungsfreiheit enthalten, da dieses
19 Grundrecht nur bei einer konkreten Gefahrenlage eingeschränkt werden darf. Die
20 ungestörte Ausführung von Gottesdiensten wird bereits durch § 5 des gleichen
21 Gesetzes geregelt und bleibt bestehen. In einer aufgeklärten und säkularen
22 Gesellschaft wäre eine Aufhebung der oben genannten Verbots nur folgerichtig, da
23 dies dem staatlichen Auftrag zur Durchsetzung der Religionsfreiheit nachkäme.
24 Somit wären nicht-religiöse Menschen nicht Benachteiligt, genauso wie religiöse
25 Menschen, für welche weiterhin die uneingeschränkte Religionsausübung
26 gewährleistet bleibt.

27 *Häufig gestellte Fragen:*

- 1 1. Warum könnt ihr euch nicht mit wichtigen Dingen beschäftigen?
2 Sicherlich gibt es Themen von höherer Priorität, jedoch darf dies nicht als
3 Ausrede dienen, sich einer bestehender Diskussionen zu verwehren. Die
4 PIRATEN-Fraktion hat im Landtag einen Gesetzentwurf (Drucksache 18/1242)
5 zu diesem Thema eingebracht, welcher dem Gesetzesbeschluss der SPD in
6 Bremen gleicht und auch der Forderung der Jusos Schleswig-Holstein
7 nachkommt, weshalb nun eine klare Auseinandersetzung in Schleswig-
8 Holstein erforderlich ist.
- 9 2. Warum müsst ihr an Feiertagen tanzen gehen, wenn ihr doch 362 Tage im
10 Jahr Zeit dafür habt?
11 Jeder Mensch in Schleswig-Holstein sollte das Recht haben 365 Tage im Jahr
12 selbst darüber zu entscheiden, wie er seine Freizeit gestaltet, wenn dabei
13 Andere nicht eingeschränkt werden. Da aber auch junge Menschen täglich
14 gesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen, indem sie zur Schule gehen,
15 studieren oder berufstätig sind, sind freie Abende für gemeinschaftliche
16 Aktivitäten nicht alltäglich.
- 17 3. Deutschland ist ein christliches Land! Warum wollt ihr also an Feiertagen frei
18 haben, aber nicht den Verpflichtungen nachkommen?
19 An allen anderen Feiertagen, seien sie staatlich oder religiös motiviert, gibt es
20 keine Einschränkungen wie bei oben genannten Feiertagen. Gerade dieses
21 zeigt, dass eine freie Entfaltung an solchen Feiertagen keine negativen
22 Auswirkungen auf religiöse Handlungen hat. Zusätzlich ist es unsinnig in
23 unserer pluralen Gesellschaft ein bestimmtes Feiertagsverhalten
24 vorschreiben, wenn sich die Menschen nicht mit der Motivation dahinter
25 identifizieren können. Aufgrund der sinkenden Zahl von Christen, welche
26 gerade noch die Hälfte der Bevölkerung stellen, und einer gleichzeitig großen
27 Zahl von Konfessionslosen, Muslimen, Juden und weiterer Religionen, bleibt

1 es zu diskutieren, ob religiös motivierte Feiertage vom Staat vorgegeben
2 werden sollten. Schließlich steht selbst im Grundgesetz, dass die
3 Bundesrepublik keine Staatsreligion hat, weshalb wir ein gleichberechtigtes
4 Miteinander anstreben sollten.

5 4. Warum wollt ihr die religiösen Gefühle der Menschen verletzen?

6 Es ist nicht unsere Intention die religiösen Gefühle der Menschen zu
7 verletzen, geschweige denn ihre Religionsfreiheit anzugreifen.
8 Gesellschaftliche Pluralität benötigt gegenseitige Achtung, für welche wir uns
9 auch einsetzen, indem die Ausübung des Gottesdienstes weiterhin ungestört
10 bleiben soll. Jedoch ist für uns nicht ersichtlich, wie der Besuch einer
11 Diskothek die Religionsausübung einschränkt, da religiöse Feierlichkeiten
12 nicht zur gleichen Zeit stattfinden und die Musik der Diskotheken in
13 abgeschlossenen Räumlichkeiten gespielt wird.

14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Angenommen Abgelehnt

Überwiesen an _____

1 **Politische Partizipation in die Landesverfassung**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonzferenz fordern:*

3 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, in die neue
4 Landesverfassung einen politischen Partizipationsbegriff aufzunehmen, der über das
5 Recht auf Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen hinausgeht und auch das Recht
6 auf politische Bildung und das Recht auf Informationszugang beinhaltet.

7

8 **Begründung:**

9 Politische Bildung und der Zugang zu Informationen sind für die Partizipation an den
10 politischen Prozessen unumgänglich. Die Aufnahme in die Verfassung erklärt sie und
11 ihre Sicherstellung zum Staatsziel und erleichtert die Verabschiedung und
12 Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen, die sich mit ihren Teilbereichen
13 beschäftigen. Dazu gehören u.a. die politische Bildung in der Schule, der Zugang
14 zum Internet und das transparente Handeln von Behörden. Außerdem wird das gute
15 Zeichen gesetzt, dass die aktive Teilnahme der Menschen an der Demokratie wichtig
16 und erwünscht ist.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Kein umfassendes Verbot der Sterbehilfe**

2 *Die Jusos Kiel mögen beschließen:*

3

4 *Die Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:*

5 Die Jusos Schleswig-Holstein bekennen sich zum Selbstbestimmungsrecht des
6 Menschen. Ein umfassendes Verbot der ehrenamtlichen Unterstützung des Suizids,
7 wie von der Christlich Demokratischen Union gefordert, lehnen wir ab. Vielmehr
8 muss durch einen Ausbau und eine gesellschaftliche und institutionelle Förderung
9 der Palliativmedizin sowie durch die Stärkung der ehrenamtlichen Sterbehilfe eine
10 Basis für ein selbstbestimmtes Leben und Sterben ermöglicht werden.

11 Die Jusos Schleswig-Holstein werden den angestoßenen Diskurs weiter begleiten
12 und zur nächsten Landeskonferenz eine umfassende Position erarbeiten.

13

14 **Begründung:**

15 Der Suizid ist in Deutschland, wie in den meisten Ländern, keine strafbare Handlung.
16 Eine Beihilfe dazu ist nach § 27 StGB *jede Handlung, die geeignet ist die Haupttat*
17 *zu fördern*. Darunter fallen also die Bereitstellung von Waffen, Geld oder
18 Medikamenten, aber auch die Stärkung des Willens eine bestimmte Tat auszuführen.
19 Da in Deutschland der Suizid nicht strafbar ist, kann auch die Bereitstellung von
20 Medikamenten zur Selbsttötung keine Beihilfe im strafrechtlichen Sinne sein und
21 wird deshalb nicht bestraft (es kommt allerdings eine Strafbarkeit wegen Verstoß
22 gegen das Bundesmittelbetäubungsgesetz in Frage, was aber deutlich geringer
23 bestraft wird, als ein Beihilfe zur Tötung).

24 Die aktive Ausführung der Tötungshandlung, also das Abdrücken der Pistole oder
25 das injizieren des Giftes ist nach § 216 StGB strafbar und wird mit mindestens 6
26 Monaten und höchstens 5 Jahren bestraft.

27 Die Abgrenzung einer (straffreien) Beihilfe und einer (strafbaren) Tötung auf

1 Verlangen gestaltet sich dabei sehr schwierig¹ und sorgt somit für eine starke
2 Rechtsunsicherheit. Daher ist es wichtig, dass die Jusos die begonnene Diskussion
3 weiterführen, um Rechtsunsicherheit in solch existentiellen Bereichen zu verhindern.
4 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte in der vergangenen Legislaturperiode
5 beschlossen ein Gesetz zu verabschieden, welches die Schaffung
6 einer „Gelegenheiten zur Selbsttötung“ sanktioniert, wenn diese gewerbsmäßig
7 ausgeführt wird.² Die CDU geht inzwischen weiter und möchte jegliche
8 Unterstützung der Sterbehilfe strafrechtlich verfolgen. Dies würde insbesondere den
9 Verein Sterbehilfe Deutschland (StHD) und Dignitas treffen. Der StHD stellt dabei
10 Medikamente bereit, wohingegen Dignitas den Sterbewilligen hilft in die Schweiz zu
11 kommen, wo Sterbehilfe legal ist. Von diesen Angeboten haben 2012 95 Menschen
12 Gebrauch gemacht. Wichtig ist hierbei, dass hier nicht aktiv der Sterbewillige
13 getötet wird, sondern ihm oder ihr nur Unterstützung angeboten wird.
14 Komapatienten, Alzheimer- und Demenzerkrankte, sowie andere, die über ihre
15 Situation nicht mehr selbstständig entscheiden können, können von diesem
16 Angebot bereits jetzt keinen Gebrauch machen. Da die beiden Organisationen
17 ehrenamtlich arbeiten, wären sie von dem ersten Gesetz nicht betroffen gewesen,
18 von einem Verbot jeglicher Hilfe, welches nun im Raum steht, hingegen schon.
19 Die SPD ist eine Partei, die für die Freiheit des Individuums einsteht und den
20 Menschen hilft, wenn sie der Hilfe bedürfen. Die Frage nach dem Ende des Lebens
21 ist eine der schwersten, die es zu lösen gilt: Wer hat das Recht über das Ende des
22 Lebens zu entscheiden?

23 Die Freiheit sein Leben so zu gestalten, wie man es für richtig hält, solange man
24 damit seine Mitmenschen nicht beeinträchtigt, beinhaltet auch die Freiheit das Ende

25

26 ¹ Statt vieler Joecks, StGB Studienkommentar, § 216 Rn. 11 ff.

27 ² Bundestagsdrucksache 17/11126

1 des Lebens zu gestalten. Der Staat hat nicht das Recht zu entscheiden wie lange ich
2 leben muss, aus diesem Grund ist der Suizid zu Recht straffrei. Kann es aber gerecht
3 sein diejenigen zu bestrafen, die einem Menschen bei der Durchsetzung ihres freien
4 Willens unterstützen? Insbesondere dann, wenn sie es aus altruistischen Motiven
5 machen?

6 Franz Müntefering hält dem entgegen, dass mit der Sterbehilfe darüber entschieden
7 würde welches Leben würdig und welches unwürdig ist. Dabei ist es doch eigentlich
8 nur entwürdigend, wenn Müntefering den Menschen ihre Freiheit nimmt!

9 Das durch den medizinischen Fortschritt immer länger gewordene Leben beinhaltet
10 für viele Menschen große Schmerzen und Leiden zum Ende ihres Lebens. Es
11 bedeutet ein immer längeren und teilweise sehr qualvollen Sterbeprozess und jeder
12 und jede verdient unsere Würdigung und Unterstützung, der oder die diesen Weg
13 gehen möchte. Genauso verdient es unsere Würdigung und unsere Unterstützung,
14 wenn man diesen Weg nicht gehen möchte. Menschenwürdig sind beide Arten des
15 Sterbens.

16 Die ehrenamtlichen Organisationen unterstützen in Deutschland Menschen, welche
17 den Zeitpunkt aufgrund großer Qualen selber bestimmen wollen. Sie bieten den
18 Menschen Beratung und Hilfe und vollziehen diese Unterstützung transparent und
19 offen. Die CDU – und Teile der SPD – wollen dies nun verbieten. Das ist der falsche
20 Weg! Vielmehr ist es wichtig, dass die Gesellschaft das Sterben thematisiert und den
21 Menschen hilft, die aufgrund unendlichen Leidens nicht mehr leben wollen. Ein
22 Verbot der ehrenamtlichen Angebote würde noch mehr Menschen dazu zwingen ihr
23 Leben alleine und auf unwürdige Weise zu beenden. Wenn ein Mensch wirklich
24 sterben wird, wird er sich auch nicht von solchen Gesetzen abhalten lassen, denn
25 was kann er oder sie dann noch fürchten? Lasst uns diesen Menschen lieber helfen
26 und ihnen die Möglichkeit geben selbst über ihr Leben zu bestimmen, anstatt sie
27 zwingen in Abgeschiedenheit zu sterben.

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Keine Macht den Partikularinteressen**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonferenz fordern:*

3

4 *Die schleswig-holsteinische Landesregierung möge die Gemeindeordnung für*
5 *Schleswig-Holstein wie folgt reformiert:*

6 *Angleichung der Zahl der Unterschriften für ein Bürgerbegehren:*

7 *Ein Bürgerbegehren muss in **der Gemeinde von mindestens 10 %** der*
8 *Stimmberechtigten innerhalb von sechs Monaten unterschrieben sein. Die*
9 *Angaben werden von der Gemeinde geprüft. (§16 g Abs. 4 GO SH)*

10 *Angleichung der Zahl der notwendigen Mehrheitsantwort:*

11 *Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden,*
12 *wenn sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet*
13 *wurde, sofern diese Mehrheit in **der Gemeinde mindestens 20 %** der*
14 *Stimmberechtigten beträgt. [...] (§16 g Abs. 7 GO SH)*

15

16 **Begründung:**

17 Die Jusos Kiel freuen sich über Initiativen, die den demokratischen Einfluss der
18 Bürgerinnen und Bürger stärken wollen. Jedoch ist "Mehr Demokratie wagen" für
19 uns nicht gleichbedeutend mit der Möglichkeit, dass Partikularinteressen sich Macht
20 aneignen. Anhand der Debatte um Schulreform in Hamburg im Jahr 2010 wurde
21 deutlich gemacht, dass bei Volksentscheiden nicht bloß der Austausch von
22 Sachargumenten zu einer Entscheidung führt, sondern insbesondere der knallharte
23 Kampf um die Köpfe der Menschen. Hierbei zählt weniger das Sachargument, dafür
24 umso mehr der finanzielle oder gar mediale Einfluss auf die Meinungsbildung der
25 Menschen, was populistische Meinungen stärken kann. Volksentscheide beinhalten
26 auch das Problem, dass die Entscheidungsträger_innen anonym bleiben und sich, im
27 Gegensatz zu demokratisch legitimierten Abgeordneten, nicht für ihre Entscheidung

1 rechtfertigen müssen. Daher sehen wir es als kritisch an, wenn ein Bürgerentscheid
2 in Kiel (240.000 Einwohner) bereits durch die Zustimmung von 16.000 (8 % der
3 Stimmberechtigten) Wähler_innen entschieden werden kann und somit die
4 Entscheidung einer Ratsversammlung aufhebt, welche von 37,2 % der
5 Wahlberechtigten legitimiert ist. Zwar hat die repräsentative Demokratie an
6 Beteiligung verloren, jedoch bleibt sie vorerst die beste Methode, um für einen
7 Interessenausgleich in der Bevölkerung zu sorgen. Aus diesen Gründen fordern wir
8 eine Angleichung der Abstimmungs-Quoren in ganz Schleswig-Holstein, damit
9 direktdemokratische Beteiligung in jeder Gemeinde gleichviel wert ist und größere
10 Städte wie Kiel und Lübeck nicht in die Verlegenheit kommen, ihre demokratischen
11 Institutionen der Entscheidung von Partikularinteressen unterzuordnen. Stattdessen
12 müssen Bürgerentscheide ein Mindestmaß an Repräsentativität darstellen, um den
13 gefällten Entschluss auch wirklich einen „Bürgerentscheid“ nennen zu können. Wir
14 wollen schließlich eine große Anzahl an Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht
15 nur kritisch mitdenken und mitentscheiden, sondern dies auch mitverantworten.

16

17 *Weitere Begründung ggf. durch zusätzliche Willy Brandt-Zitate*

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Verbot von Sportwetten im Jugendbereich**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonzferenz fordern:*

3

4 Wir fordern, dass Sportwetten im Jugendbereich verboten werden. Es müssen
5 zudem Möglichkeiten gefunden werden solche Wetten auch über das Internet
6 effektiv zu verhindern.

7

8 **Begründung:**

9 Beim Jugendsport sollten neben dem Leistungscharakter besonders der Spaß und
10 die soziale Funktion im Vordergrund stehen. Kommerzielle Gedanken sind komplett
11 abzulehnen. Zudem beinhaltet die Möglichkeit von Wetten immer auch die
12 Möglichkeit von Manipulation und Bestechung. Jugendliche im Allgemeinen müssen
13 davor geschützt werden, besonders aber auch solche im Leistungsbereich, die sich
14 ihre Karrierechancen zerstören können.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Einsatz von Testpersonen vor Diskotheken**

2 *Die Jusos Kiel mögen beschließen:*

3

4 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen,
5 Möglichkeiten zum Einsatz von Testpersonen vor Kieler Diskotheken zu überprüfen.

6

7 **Begründung**

8 Mit Hilfe dieser Testpersonen sollen in regelmäßigen Abständen mögliche
9 Diskriminierungen beim Einlass vor den Diskotheken festgestellt werden.

10

11 Diskriminierungen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund vor den
12 Diskotheken ist auch in Kiel schon seit längerem ein Problem. Problematisch ist vor
13 allem, dass sich die Diskothekenbetreiber vielfach auf ihr Hausrecht zurückziehen,
14 das aber natürlich keine Erlaubnis zur Diskriminierung enthält. Den Betroffenen
15 bleibt als Gegenmaßnahme meist nur das Einleiten rechtlicher Schritte – doch den
16 Mut und die Ausdauer dazu haben nur die Wenigsten. Durch den Einsatz von
17 Testpersonen könnte der Druck auf die Diskothekenbetreiber erhöht werden,
18 Diskriminierungen bei der Einlasskontrolle zu verhindern. Zudem könnten auf diese
19 Weise auch von städtischer Seite aus Diskriminierungsfälle festgestellt und
20 Konsequenzen eingeleitet werden.

21

22

23

24

25

26

27

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Bekämpfung von Armut bei EU-Ausländern**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonzferenz fordern:*

3

4 Wir lehnen es ab, dass Menschen in absoluter Armut leben müssen. Wir wollen
5 nicht, dass Slum-ähnliche Verhältnissen entstehen und Eltern ihre Kinder zum Betteln
6 schicken. Deshalb fordern wir, dass alle Menschen, die in Deutschland legal ihren
7 festen Wohnsitz haben und nicht in der Lage sind sich und ihre Familie selbst zu
8 versorgen, Sozialhilfe erhalten. Bei EU-Ausländern, die in Deutschland nach dem
9 Sozialgesetzbuch noch keinen Anspruch auf Sozialhilfe erworben haben, sollen die
10 entsprechenden Kosten von den Herkunftsländern getragen werden. Die
11 Bundesregierung soll dies bis zu Aufnahme dieses Prinzips in die EU-Verträge durch
12 bi- und multilaterale Verträge sicherstellen.

13

14 **Begründung:**

15 Artikel 1 GG gilt für alle Menschen in Deutschland unabhängig von ihrer
16 Staatsangehörigkeit. Dieser wichtigste Grundsatz der Verfassung wird verletzt, wenn
17 Menschen in täglicher Not leben. Gleichzeitig darf das Recht auf Freizügigkeit
18 innerhalb der EU nicht eingeschränkt werden. Es muss also Hilfe für arme
19 Zuwanderer geben.

20 Auch wenn die dadurch entstehenden Kosten insgesamt betrachtet eher gering
21 sind, bietet sich ihre Übernahme durch die Herkunftsländer aus mehreren Gründe
22 an.

23 Den Ländern entstehen durch eine solche Armutsabwanderung höhere Kosten, als
24 wenn sie vor Ort für bessere Bedingungen sorgen würden. Es wird also der Anreiz
25 geschaffen die Lebensumstände zu verbessern und Diskriminierung abzubauen.

26 Außerdem wird durch die Kostenübernahme das häufig angeführte Argument der
27 Belastung der Sozialsysteme durch „Armutszuwanderung“ effektiv entkräftet.

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Ehrenamt stärken - BAföG lockern**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonzferenz der Jusos SH fordern:*

3

4 Die Bundesregierung wird aufgefordert eine Gesetzesänderung des
5 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in den Bundestag einzubringen, der
6 Änderungen vorsieht, die den Bezug von Leistungen nach dem BAföG über die
7 Förderungshöchstdauer hinweg erlauben, wenn der Leistungsbezieher oder die
8 Leistungsbezieherin ehrenamtliche Tätigkeiten nachweisen kann.

9

10 **Begründung**

11 Viele Sonntagsreden fordern die Unterstützung des Ehrenamts. Doch die Erfüllung
12 eines Ehrenamtes kostet Zeit. Bei Studierenden ist diese jedoch sehr knapp
13 bemessen. Das Studium muss rasch beendet werden. Dies gilt insbesondere wenn
14 man BAföG bezieht, denn die herz- und kopflose Förderungshöchstdauer (die auf
15 die Regelstudienzeit begrenzt ist) erlaubt nichts als strammes „durchstudieren“.
16 Deshalb ist die Frage ob ein Ehrenamt bekleidet werden kann, für viele Studierende
17 auch eine finanzielle Frage. Um diesen Druck zu nehmen und das Ehrenamt
18 nachhaltig zu stärken, sollte die Förderungshöchstdauer für Ehrenamtler angehoben
19 werden, wenn diese ihre ehrenamtliche Tätigkeit nachweisen können.

20

21

22

23

24

25

26

27

Angenommen	<input type="checkbox"/>
Abgelehnt	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an	_____

1 **Reform der wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands und Europa**

2 *Die Jusos Kiel mögen auf der Landeskonzferenz der Jusos SH fordern:*

3
4 Die SPD Bundestagsfraktion, sowie der Bundesminister für Wirtschaft und Energie
5 werden aufgefordert sich für eine Reform des "Gesetz zur Förderung der Stabilität
6 und des Wachstums der Wirtschaft" (StabG) einzusetzen und nach Mechanismen zu
7 suchen, die dort formulierten Staatsziele wieder verbindlich zu machen. Die
8 Änderung erweitert die aktuelle Formulierung des § 1 StabG, um die Kernpunkte
9 Umweltschutz, gerechte Einkommensverteilung und wirtschaftliche Stabilität in der
10 gesamten Eurozone:

11 *„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen*
12 *Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts*
13 *zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der*
14 *marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus,*
15 *zu einem hohen Beschäftigungsstand, **zu einer gerechten***
16 ***Einkommensverteilung, zum Schutz der Umwelt, zum***
17 *außenwirtschaftlichem Gleichgewicht **und wirtschaftlicher Stabilität im***
18 ***Euro-Währungsgebiet** bei stetigem und angemessenem*
19 *Wirtschaftswachstum beitragen.“ (§ 1 StabG)*

20 Die SPD Bundesministerinnen und -minister, die SPD Bundestagsfraktion, die SPD-
21 Europaabgeordneten und der Präsident des Europäischen Parlament werden
22 aufgefordert sich für eine Reform der Ziele der Europäischen Zentralbank
23 einzusetzen. So sollen folgende Vertragsabschnitte reformiert werden. Artikel 127
24 Abs. 1 AEUV wird wie folgt geändert:

25 *„Das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken (im*
26 *Folgenden "ESZB") ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten **sowie die***
27 ***gesamtwirtschaftliche Stabilität im Euro-Währungsgebiet zu***

1 **gewährleisten.** Soweit dies ohne Beeinträchtigung der oben genannten
2 Ziele möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in
3 der Union, um zur Verwirklichung der in Artikel 3 des Vertrags über die
4 Europäische Union festgelegten Ziele der Union beizutragen. Das ESZB
5 handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit
6 freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen
7 gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 119 genannten
8 Grundsätze.“ (Art. 127 Abs. 1 AEUV)

9 Artikel 282 Abs. 2 AEUV wird wie folgt geändert:

10 „Das ESZB wird von den Beschlussorganen der Europäischen Zentralbank
11 geleitet. Sein vorrangiges Ziel ist es, die Preisstabilität **sowie die**
12 **gesamtwirtschaftliche Stabilität im Euro-Währungsgebiet zu**
13 **gewährleisten.** Unbeschadet dieser Ziele unterstützt es die allgemeine
14 Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung ihrer Ziele
15 beizutragen.“ (Art. 282 Abs. 2 AEUV)

16 Artikel 119 Abs. 2 AEUV wird wie folgt geändert:

17 „Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe der Verträge und der
18 darin vorgesehenen Verfahren eine einheitliche Währung, den Euro, sowie
19 die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie
20 Wechselkurspolitik, die beide vorrangig die Ziele der Preisstabilität sowie
21 **der gesamtwirtschaftlichen Stabilität im Euro-Währungsgebiet**
22 verfolgen und unbeschadet dieser Ziele die allgemeine Wirtschaftspolitik
23 in der Union unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen
24 Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.“

25 Die selbst gegebene Satzung der Europäischen Zentralbank wird an die
26 Vertragsänderungen angepasst.

27

1 **Begründung:**

2 Seit geraumer Zeit wird von Ökonomen kritisiert, dass Deutschlands andauernde
3 positive Außenhandelsbilanz dafür mitverantwortlich ist, dass im Euroraum ein
4 wirtschaftliches Ungleichgewicht entstanden ist, welches die Bankenkrise in Europa
5 verfestigt hat. Zusätzlich besteht das Risiko für Deutschland, dass Zahlungsausfälle
6 von Handelspartnern die Exportausrichtung zu einem verlustreichen Geschäft
7 machen kann. Deshalb ist es notwendig, die deutsche Binnenwirtschaft durch die in
8 (1.) bestimmten Ziele zu stärken.

9 Gleichzeitig muss die aktuelle Ausrichtung der EZB neu justiert werden (2.). Da die
10 momentanen geldpolitischen Ziele der EZB für einen Euroraum ohne
11 Wirtschaftskrise vorgesehen sind, muss der alleinige Maßstab einer
12 Preisniveaustabilität von „unter 2%“ aufgegeben werden. Preisniveaustabilität und
13 wirtschaftliche Stabilität müssen zusammen verfolgt werden und somit die
14 Möglichkeit eröffnen, dass eine Preisniveauperänderung (Inflation) von mehr als 2%
15 erreicht wird. Dies kann in moderater Größe die Schulden der Eurostaaten abbauen
16 und die Wettbewerbsfähigkeit wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland, welche
17 ihre Inflation durch Konjunkturprogramme erhöhen, wieder an die der aktuell
18 schwächeren Länder annähern.

19

20 *Weitere Begründungen ggf. mündlich.*

21

22

23

24

25

26

27